

Von der Wirkmacht des Geldes

Chiemgauer“-Initiator Christian Gelleri ist in Würzburger Forschungsprojekt integriert

Pat Christ

Der CO₂-Ausstoß steigt ungebremst. Immer mehr Arten verschwinden. Reiche werden zunehmend reicher. Der Abstand zu denjenigen, die nichts haben oder gar überschuldet sind, wächst. Wie angemessen auf alle diese Probleme des 21. Jahrhunderts reagieren? Könnten Regionalwährungen eine Lösung sein? Dieser Frage gehen die Juristin Isabel Feichtner und „Chiemgauer“-Initiator Christian Gelleri gerade in einem Forschungsprojekt an der Juristischen Fakultät der Uni Würzburg nach.

Geld ist die Basis unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Wo genug Geld zirkuliert, geht es den Unternehmen, den Beschäftigten und den Verbrauchern gut. Wo das nicht der Fall ist, drohen Firmen, bankrott zu gehen. Menschen verlieren ihre Arbeit, verschulden sich und müssen im schlimmsten Fall ihre Wohnung aufgeben, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Geld ist also etwas sehr Mächtiges. Macht wiederum sollte in einer Demokratie begrenzt sein. Keine Partei, aber auch kein Konzern sollte zu viel Macht bekommen. Denn Demokratie funktioniert nur, wenn es eine Opposition gibt. Und in der Wirtschaft Mitbewerber. Sonst hätten wir schnell eine Oligarchie.

Die Entwicklung der letzten Jahre führte nun dazu, dass die Wirtschaft immer undemokratischer wurde. Wie wir wirtschaften, wie wir produzieren und die Güter verteilen, das wird von immer weniger Menschen entschieden. Die Politik tut sich schwer, der Ökonomie Regeln zu setzen. In den Unternehmen haben Beschäftigte kaum noch Chancen, die Perspektiven ihres Betriebs, ihrer Branche oder ihrer Region mitzubestimmen. Etwa, indem sie Einfluss auf Investitionsentscheidungen nehmen. Am Ende hat all dies mit dem Machtfaktor „Geld“ zu tun.

Inwieweit Regionalwährungen für Abhilfe sorgen können, um diese Frage geht es im Würzburger Forschungsprojekt „Demokratisierung von Geld und Kredit“ am Beispiel des Währungsexperiments „Chiemgauer“. Dass es das wissenschaftliche Projekt gibt, ist Isabel Feichtner zu verdanken. Die Völkerrechtlerin forscht seit Jahren über das Weltraum- und Tiefseebergbaurecht. Dieses etwas abseitige Forschungsgebiet ist vor allem mit Blick auf die Ausbeutung von Rohstoffen, die sich im Weltraum oder in Tiefen bis zu 6.000 Metern auf dem Meeresboden verbergen, interessant. Dazu zählen Kupfer, Zinn, Kobalt, seltene Erden oder Manganknollen.

Tief unten im Meer



Lange war die Frage völlig irrelevant, wessen Eigentum diese Bodenschätze eigentlich sind. Man hatte schlicht nicht die Möglichkeit, sie zu bergen. Seit etwa 40 Jahren geht das. Deshalb musste sich die Politik mit der Problematik befassen, wer im Meeresboden nach Rohstoffen graben darf und wer von den Gewinnen aus dem Verkauf profitieren soll. Äußerst menschenfreundliche Ideen kamen laut Feichtner auf. So wurde der Tiefseeboden 1982 zum „Gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt. Ein internationales Unternehmen sollte geschaffen werden, um die Bodenschätze auszubeuten. Die Gewinne sollten an alle Völker gerecht verteilt werden.

Nun zeigt die Erfahrung, dass alles, was für eigennützige Zwecke zu Geld gemacht werden kann, auch zu Geld gemacht wird. So war es auch in diesem Fall. Von der ursprünglichen, men-

schrenfreundlichen Idee ist nicht mehr viel übrig. Alles deutet darauf hin, dass sich private Unternehmen die Rohstoffe im Tiefseeboden aneignen werden. Diese benötigen zwar ein Partnerland aus der sogenannten Dritten Welt. Doch ein solches Land zu finden, scheint nicht weiter schwer zu sein. So tat sich inzwischen ein Tochterunternehmen des kanadischen Bergbaukonzerns „Nautilus Minerals“ mit dem Inselstaat Nauru zusammen.

Wer vermutet, dass es die Ausbeutung dieser Rohstoffe dringend braucht, liegt falsch. Zwar heißt es überall, Rohstoffe verknappten sich. Doch nach Feichtners Untersuchungen ist dies nur ein Teil der Wahrheit. Der Preis von Rohstoffen spiegelt nach ihren Erkenntnissen nicht unbedingt die tatsächliche Knappheit oder Verfügbarkeit wider. Rohstoffe werden auch als Spekulationsobjekte an den Finanzmärkten gehandelt. Dass die Preise von Rohstoffen steigen, ist also nicht nur durch die Knappheit bedingt. Sondern es hat auch mit Finanzinvestoren zu tun.



In ihrer Dissertation beschäftigte sich Isabel Feichtner mit Prinzipien der Welthandelsorganisation.



Die soziale Spaltung in Deutschland führt auch zu politischem Auseinanderdriften.

Geld als höhere Macht

Hinter vielen ungunstigen gesellschaftlichen Prozessen scheint das Walten einer höheren Macht zu stecken. Selbst Politiker, scheint es, kommen gegen diese Macht nicht an. Nach Feichtners Erkenntnissen verbirgt sich diese Macht nicht zuletzt in unserer Geldordnung. Geld sei ein äußerst wirkmächtiger Faktor: „Denn es ist ja mehr als ein Tauschmittel.“ Geld bringt Zinsen. Oder, steckt man es in Niedrigzinsphasen in Immobilien, hohe Renditen. Investitionen in wirtschaftliche Aktivitäten machen folglich nur Sinn, wenn dadurch höhere Gewinne generiert werden können als durch reine Geldanlage. Rohstoffe auszubeuten, verspricht aktuell hohe Profite.

Überall in Deutschland gärt Wut, weil das, was Wissenschaftler schon lange festgestellt haben, nämlich dass sich die Gesellschaft spaltet, nun zunehmend real spürbar wird – zum Beispiel an der Problematik der steigenden Mieten. Überhaupt nehmen Wut und Unverständnis gegenüber politischen Entscheidungen zu. Längst ist von der Krise der repräsentativen Demokratie die Rede. In Bayern reagierte das Wissenschaftsministerium auf diese bedenklichen Entwicklungen mit dem Forschungsverbund „Zukunft der Demokratie“. Feichtners Projekt ist eines von elf Teilprojekten innerhalb des Verbunds. Die Völkerrechtlerin gehört außerdem dem Sprecherteam des Verbunds an.

Die Einbindung gesellschaftlicher Akteure in Forschung verbürgt Praxisnähe. So entschieden sich auch die am Forschungsverbund Beteiligten, den Dialog mit Praktikern zu suchen. Isabel Feichtner holte den Wirtschaftspädagogen Christian Gelleri, der vor 17 Jahren, zunächst als Schulprojekt, den „Chiemgauer“ ins Leben gerufen hat, mit ins Boot. Die beiden wollen in ihrem Forschungsprojekt vier Jahre lang der Frage nachgehen, was „Geld“ eigentlich ist. Geld, so die Hypothese, ist kein „Ding“,

sondern das Produkt eines „kollektiven Designs“. Dieser Designprozess kann demokratisch organisiert werden und auf lokaler sowie auf transnationaler Ebene stattfinden.

Wie Geld gestaltet ist

Die Art und Weise, wie Geld gestaltet ist, zeugt auch von der Haltung derjenigen, die es gestaltet haben. Das aktuelle Geldsystem, das die Anreicherung von Geld an einigen wenigen Stellen möglich macht, entfremdet die Menschen, zerstört Natur und Umwelt und führt zu Ausbeutung. Am Beispiel des Währungsexperiments „Chiemgauer“ wird in Würzburg untersucht, inwieweit ein anders gestaltetes Geld demokratische Selbstbestimmung fördern könnte.

Regionalwährungen sind nationalen Währungen immer dann überlegen, wenn es wirtschaftlich kriselt, sagt Gelleri. Deshalb ist im Augenblick auch der „Sardex“ so erfolgreich. Seit 2010 gibt es diese Währung auf der Insel Sardinien im krisengeschüttelten Italien. „4.000 Firmen nehmen daran teil“, berichtet Gelleri. Der Umsatz lag 2018 bei 360 Millionen Euro. Zinsen gibt es nicht, es werden lediglich Gebühren für die Organisation des „Sardex“ erhoben. Der Jahresbeitrag wird in Euro gezahlt. Kleine Betriebe geben einige wenige Hundert Euro ab, größere teilweise mehrere tausend: „25 Prozent der sardinischen Unternehmen machen im Moment mit.“

Dass Regionalwährungen als eine Art Therapie bei der Indikation „Wirtschaftsflaute“ herangezogen werden, das wiederum ist Gelleri zufolge durchaus kritisch zu sehen. Es führt nämlich dazu, dass Regionalwährungen überall dort, wo Firmen ausgelastet sind, an Kraft verlieren. So hat auch der „Chiemgauer“ leichte Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Denn im Chiemgau „brummt“ es, vor allem das Handwerk kann über Auftragsmangel nicht klagen. Wobei die Nutzerzahl der Parallelwährung sukzessive steigt. 4.000 Menschen kaufen im Chiemgau inzwischen mit dem „Chiemgauer“ ein.

Unglaubliche Währungsvielfalt

Ob bargeldloses Tauschgeschäft oder Wirtschaften mit „alterndem Geld“ – all diese Alternativen helfen mit, nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen. Weltweit gesehen gibt es laut Gelleri bereits

eine unglaubliche Währungsvielfalt. Den 200 nationalen Währungen stehen rund 10.000 komplementäre Währungen gegenüber. Die Ziele, die jeweils verfolgt werden, sind ganz unterschiedlich: Die einen wollen damit ein regionales Wirtschaftssystem aufbauen, das sich nicht der Maximierung von Gütern und Profiten verschreibt. Bei anderen steht „Nachhaltigkeit“ im Fokus. Wieder andere verfolgen ausschließlich soziale Zwecke.

Der „Chiemgauer“, der im letzten Jahr seinen 15. Geburtstag feiern konnte, zielt in erster Linie auf die Förderung des regionalen Wirtschaftskreislaufs ab. „Unser wichtigstes Vorbild war das ‚Wunder von Wörgl‘“, erläutert Gelleri. Aber auch das WIR-System aus der Schweiz stand Pate. In rechtlicher Hinsicht orientierte man sich am 1908 ins Leben gerufenen und selbst während der Hitler-Diktatur nicht verbotenen Warengutschein „Bethel-Geld“ der Bodenschwingschen Stiftungen. Der soll Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen sichern.

Bundesweit verliefen viele Regionalwährungsinitiativen bald wieder im Sande. Neben dem „Chiemgauer“ ist eigentlich nur noch der Bremer „Roland“ stabil, so Gelleri. Die Situation kann sich ändern, wenn es zur nächsten Krise kommt. Im massiv verschuldeten Krisenland Italien wird, wenig überraschend, gerade am „Mini-Bot“ als Parallelwährung gebastelt. Die Idee kommt von der rechtspopulistischen Partei „Lega“. Und das stimmt, gerade mit Blick auf das Thema „Demokratie“, bedenklich. Gelleri: „Hier wird eine Parallelwährung von den falschen Leuten mit den falschen Werten gemacht“. Ihnen gehe es nicht um humane Ziele: „Sondern um die eigene Machterhaltung.“

Zur Autorin

Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.